

II. Herkunft und Produktion von Fremdsichten

In der Folge soll von einem Transfer politischer Meinungen in die Streitkräfte ausgegangen werden. Innerhalb und außerhalb der Streitkräfte nahmen gedruckte Medien die wichtigste Rolle in der Bereitstellung der entsprechenden Inhalte ein.¹ Während der NVA dazu ein vollständig unter Parteikontrolle stehender Presseapparat zur Verfügung stand, entwickelte sich in der Bundesrepublik bereits vor der Entstehung eigener Publikationen für die Bundeswehr eine Medienlandschaft, die die westdeutschen Streitkräfte in einer kritischen Weise begleitete, wie nie in Deutschland zuvor.² Obgleich die Bundeswehr durch die Berichterstattung der westdeutschen Presse immer wieder in Schwierigkeiten geriet, nutzte sie dennoch deren Erzeugnisse, indem sie ihre Soldaten aufforderte, in der politischen Bildung auf zivile Publikationen zurückzugreifen, oder indem sie entsprechende Artikel gleich in die eigenen Ausbildungsunterlagen übernahm. Die Produzenten politischer Meinungen und deren Erzeugnisse waren aufseiten der Bundeswehr demnach diverser als in der NVA.

Auf diese Weise wurden die Autoren zu Produzenten von Material, das zur Schaffung der Fremdsicht der Streitkräfte verwendet wurde, und so zu Produzenten von Fremdsichten selbst. Für beide Streitkräfte muss davon ausgegangen werden, dass die Ausbildungsunterlagen, die sie selbst produzierten, subventionierten oder duldeten, den politischen geforderten Meinungen im Rahmen des »public transcript« weitestgehend entsprachen.

1. Die Rolle des Marxismus-Leninismus und der Vormachtstellung der Politischen Hauptverwaltung in der NVA

In der Theorie des Marxismus-Leninismus stellte die Dualität von Selbst- und Fremdsicht einen zentralen Bestandteil des Weltbildes dar.³ Sie war von ihrem

¹ Vgl. Wauschkies, Die frühe Bundeswehr, S. 5.

² Vgl. Schlaffer, Der Wehrbeauftragte, S. 14, und Schmidt, Die bildhafte Vermittlung des Staatsbürgers in Uniform, S. 171.

³ Hierin ist sich die (west)deutsche Forschung vor und nach 1989 grundsätzlich einig. Vgl. Baron, Die Wehrideologie, S. 39 f.; Bröckermann, Landesverteidigung und Militarisierung, S. 232; Hartmann, Das Feindbild, S. 59 f.; Hornung, Friedensideologie,

Erklärungsanspruch her total. Im Rahmen des »historischen Materialismus« führte das zu »polaren Denkschemata, die aufgrund ihrer dichotomischen Struktur keine dritten Wege, Schattierungen oder Abstufungen zuließen.«⁴ Selbst- und Fremdsicht entwickelten so erhebliche inklusive und exklusive Kräfte. Alle »fortschrittlichen Kräfte« wurden im Rahmen der Selbstwahrnehmung dem »sozialistischen Lager« zugerechnet, während alle diejenigen Personen, Gruppen und Ideen, die dem gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus entgegenzustehen schienen, im Rahmen der Fremdsicht als zu bekämpfen angesehen wurden. Lenin hatte durch seine Imperialismustheorie den Imperialismus als Sammelbegriff für Fremdsichten etabliert.⁵ Man darf den hohen Stellenwert der Fremdsicht im marxistisch-leninistischen Weltbild jedoch nicht vorschnell als Hinweis auf eine wenig entwickelte Eigenidentität der DDR sehen. Zwar wurde der Gegenseite auf diese Weise ein hoher Stellenwert eingeräumt, gleichzeitig blieb die eigene Position immer die überlegene. Trotz des hohen Stellenwerts und aller Polarität blieb die Fremdsicht vor allem ein Mittel zum Zweck. Für die DDR gaben diese Definitionen, die sich aus der Installation des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie ergaben, das Verhältnis zur Bundesrepublik vor. Sie erhielten damit aus offizieller Perspektive einen höheren Stellenwert als nationale, kulturelle oder familiäre Bindungen.

Die dazu notwendige Überzeugung leiteten die Protagonisten aus der für sie erwiesenen Unfehlbarkeit der Ideologie ab. Ergänzend zum »historischen Materialismus« definierte das Lehrbuch »Grundlagen des Marxismus-Leninismus«, das 1960 erstmals in deutscher Sprache in der DDR erschien, den »Kampf« zwischen gegensätzlichen, einander ausschließenden Positionen als natürlichen Prozess, der in dem Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus seinen letzten Konflikt gefunden habe. Dieser sei deshalb als »antagonistisch« zu beschreiben, da die ihm zugrunde liegenden Widersprüche »unversöhnlich sind«. Diese könnten »erst dann verschwinden, wenn der kapitalistischen Klasse auf friedlichem oder nichtfriedlichem Wege die politische Macht und die Produktionsmittel und damit die Möglichkeiten, die Werktätigen auszubeuten, genommen sein werden. Das kann nur durch die sozialistische Revolution geschehen.«⁶

Die in dieser Theorie angelegte Gesetzmäßigkeit hatte für das Handeln der SED-Führung entscheidende Bedeutung. Sie ging davon aus, »aufgrund ihres

S. 85; Rahn, *Das Feindbild der NVA*, S. 496, und Wenzke, *Ulbrichts Soldaten*, S. 568. Dass auch die ostdeutsche Interpretation nicht davon abweicht, werden die folgenden Seiten bzw. die eigentlichen Untersuchungen zur Fremdsicht der NVA zeigen.

⁴ Becker, *Ideologiegeleitete Diktaturen*, S. 117; vgl. auch Gries/Satjukow, *Feindbilder des Sozialismus*, S. 22 f.

⁵ Vgl. Lenin, *Der Imperialismus*.

⁶ *Grundlagen des Marxismus-Leninismus*, S. 87, 90 f.

marxistisch-leninistischen Wissens keine fehlerhaften Entscheidungen zu fällen«. ⁷ Aus diesem Selbstverständnis ergibt sich auch die hohe Anzahl an Schulungen zum Marxismus-Leninismus und des dafür notwendigen Schulungspersonals. Nur wer über absolut sichere Kenntnisse des gesetzmäßigen Ablaufes des sozialistischen Sieges verfügte, konnte sein Handeln so ausrichten, dass er diesen Prozess unterstützte und sich ihm nicht etwa in den Weg stellte.

Ein wichtiges Argument für die Überlegenheit des Marxismus-Leninismus stellte der häufige Verweis auf dessen wissenschaftlichen Charakter dar. Auf dieser Ebene wurde die eigene Fremdsicht auch gegenüber der westlichen aufgewertet. ⁸ Diese Kombination aus wissenschaftlicher Belegbarkeit und der Perspektive auf den gesetzmäßigen Sieg sollte die ostdeutsche Bevölkerung überzeugen, den Kursentscheidungen zu folgen, die aus dem theoretischen Modell des Marxismus-Leninismus durch die SED-Führung abgeleitet wurden. ⁹ Ein zusätzliches Motivationsinstrument bot dazu der Antifaschismus. Die vollständige Ablehnung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch die SED-Führung, in Verbindung mit einer deutlich konsequenter als in Westdeutschland durchgeführten Entnazifizierung, bot nach dem Zweiten Weltkrieg vielen Mitläufern und Minderbelasteten die Chance auf einen Neuanfang und verkörperte so die erfolgreichste Inklusions- und Legitimationsstrategie des jungen ostdeutschen Staates. Die Attraktivität dieser Interpretation fußte schließlich darauf, »that all responsibility for the Nazi past was shifted onto a clearly defined social group which, after socialism had taken root in the GDR, would be found only in West Germany«. ¹⁰

Neben dieser Inklusionsfunktion, die sich in der DDR aus dem Antifaschismus auf die gesamte marxistisch-leninistische Freund-Feind-Wahrnehmung übertrug, hatte die Theorie des andauernden Klassenkampfes noch eine weitere Funktion. Der Gegenseite konnten alle denkbaren Probleme angelastet werden, die in der DDR auftraten. Der Vorwurf aus dem Jahr 1950, die USA würden durch den Abwurf von Kartoffelkäfern die ostdeutsche Landwirtschaft sabotieren, ist ein bekanntes Beispiel dafür. ¹¹

Die gesetzmäßig vorgeschriebene Existenz einer Gegenseite in der marxistisch-leninistischen Weltsicht ist damit ein Grund für die Asymmetrie in den Fremdsichten von Bundeswehr und NVA. Nur so machte der gesetzmäßige Ablauf des Klassenkampfes Sinn.

⁷ Kiepe, Für die Revolution auf die Schulbank, S. 18.

⁸ Vgl. Voit, Deutsch-deutsche Feindbilder, S. 97.

⁹ Zum auffordernden Charakter vgl. Rogg, Armee des Volkes?, S. 54.

¹⁰ Jessen, Semantic Strategies, S. 279; vgl. dazu auch Classen, Feindbild Faschismus, S. 130; Jarausch, Die Umkehr, S. 159, und Meuschel, Legitimationsstrategien, S. 116 f.

¹¹ Vgl. Behrends, »Faschisten« und »Kriegsbrandstifter«, S. 126.

Wer diese Gegenseite war, ließ sich aus dem Marxismus-Leninismus zunächst recht eindeutig herleiten. Der Imperialismus, geführt vom Monopolkapitalismus, versuche unaufhörlich, den Kampf gegen die sozialistische Staatenwelt zu eskalieren. Antrieb dafür sei nicht nur Eroberungsdrang, sondern vor allem die Profitgier. Gerade aus ostdeutscher Sicht spielte die deutsche Involvierung in den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts eine bedeutsame Rolle. Der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion oder vielmehr der deutsche Angriff im Juli 1941 bildeten die Grundlage für den wichtigsten Bestandteil der offiziellen ostdeutschen Fremdsicht: die Furcht vor einem Angriff der NATO oder der Bundeswehr. Die Übernahme der sowjetischen Bedrohungsperzeption war insofern stilprägend, als die direkte Frontstellung zwischen Deutschem Reich und Sowjetunion nun auf die innerdeutsche Grenze und das Gegenüber von NATO und Warschauer Vertragsorganisation bezogen wurde.

Fragt man für die NVA nach den Produzenten von Fremdsichten, so führt kein Weg an der Politischen Hauptverwaltung (PHV) der ostdeutschen Streitkräfte vorbei. Die PHV war nicht der einzige Produzent von Ausbildungsmaterialien. Dennoch war sie die Leitinstitution, wenn es darum ging, die ostdeutsche Staatsideologie zu interpretieren und den Angehörigen der NVA nahezubringen. Dazu schulte sie Politoffiziere als Multiplikatoren, plante die Ausbildungsvorhaben der politisch-ideologischen Arbeit und stellte dazu einen Großteil der Materialien zur Verfügung.¹² Der entsprechende Politapparat war direkt aus dem der KVP hervorgegangen, der wiederum die genaue Kopie des Politsystems der Sowjetarmee darstellte.¹³ Ihre Aufgabe bestand (auch in der zeitgenössischen Selbstwahrnehmung) darin, durch die politische Arbeit explizit Parteiarbeit zu betreiben und so – neben den parallel existierenden Parteistrukturen in der NVA – eine direkte Verbindung zwischen Streitkräften und SED herzustellen.¹⁴

Neben der ideologischen Schulung der Armeeingehörigen hatten die PHV und ihre Politorgane die Aufgabe, den Glauben an die Ideologie und die Parteitreue zu überprüfen, und so »eine eminent herrschaftstechnische Funktion«.¹⁵ Dies zeigte sich auch darin, dass die PHV und ihre Vorgängerorganisation nur der Parteiführung rechenschaftspflichtig waren.¹⁶ Dieser Stellenwert lässt sich bereits in der weiteren institutionellen Verankerung ablesen. In Verbindung mit der

¹² Vgl. Hagemann, *Parteiherrschaft in der NVA*, S. 46, und Rogg, »Filme von der Fahne«, S. 611.

¹³ Vgl. Diedrich/Wenzke, *Die getarnte Armee*, S. 438, und Hagemann, *Parteiherrschaft in der NVA*, S. 35.

¹⁴ Vgl. Müller, *Tausend Tage bei der »Asche«*, S. 319, und Hagemann, *Waldemar Verner*, S. 313.

¹⁵ Vgl. Hagemann, *Parteiherrschaft in der NVA*, S. 239.

¹⁶ Vgl. Hagemann, *Waldemar Verner*, S. 313.

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im folgenden Jahr, wurde die »Politische Verwaltung« 1961 zur »Politischen Hauptverwaltung« (PHV) aufgewertet. Deren Chef Waldemar Verner wurde auf diese Weise zu einem der »Stellvertreter für politische Arbeit des Ministers für Nationale Verteidigung« erhoben. Welche zentrale Rolle die politisch-ideologische Arbeit spielte, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sich Verteidigungsminister Heinz Hoffmann in seiner Funktion als Politbüromitglied »häufig zu politisch-ideologischen Fragen äußerte, die eigentlich in die Zuständigkeit des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der NVA gehörten«¹⁷. Hier zeigt sich auch noch einmal die Verquickung der politischen und militärischen Ebene. Hoffmann und Verner standen nicht nur in einem militärischen Dienstverhältnis. Durch die Funktion der PHV als »leitendes Parteiorgan« in der NVA war Verner dem Politbüromitglied Hoffmann auch in der Parteihierarchie untergeordnet.

Besagter Admiral Verner führte Anfang der 1960er Jahre auch eine weitreichende Reform in der Arbeitsweise der PHV durch. So sollte der Kritik vonseiten der Parteiführung begegnet werden, die politisch-ideologische Arbeit sei aufgrund ihrer uneinheitlichen Durchführung chaotisch und zeige nicht ausreichend Erfolge. Hier zeigt sich das typische Dilemma der NVA. Inhaltliche Fragen wurden nicht berücksichtigt, schließlich wäre so letzten Endes die ideologische Basis des Marxismus-Leninismus und damit die Legitimität der SED-Herrschaft infrage gestellt worden. Durch den Primat der offiziell produzierten Ausbildungsmaterialien wurde jedoch die Chance von individueller Ausbildungsgestaltung erschwert.¹⁸

Mit dem Militärgeschichtlichen Institut der DDR (MGI) war der PHV noch ein weiterer Produzent von Fremdsichten unterstellt.¹⁹ Gegenüber den Mitarbeitern der PHV haben nach 1989 verschiedene Mitarbeiter des MGI über ihre Arbeit Auskunft gegeben, was Rückschlüsse auf Arbeitsweisen zulässt. So hätten sich die Mitarbeiter des MGI nur langsam von der Vorstellung der PHV lösen können, das MGI sei deren »verlängerter Arm in der Geschichtsschreibung und habe die ausschließliche Aufgabe, in der Vergangenheit nach Fakten und Vorgängen zu suchen, mit denen sich aktuelle Freund- und Feindbilder sowie gegenwärtige Militärpolitik von der Propaganda historisch legitimieren ließen«.²⁰ Zugleich gestand Reinhard Brühl, langjähriger Direktor des MGI, ein, dass die »Parteilichkeit nicht einfach als ein verordnetes, sondern als ein wissenschaftliches Prinzip verstanden« wurde. Das bedeutete den ständigen Rekurs auf die angesprochenen marxistisch-leninistischen Gesetzmäßigkeiten, was im

¹⁷ Heider, Heinz Hoffmann, S. 261 f.

¹⁸ Vgl. Hagemann, Waldemar Verner, S. 316 f., 324 f.

¹⁹ Vgl. dazu allgemein Wenzke, Zwischen Propaganda und Forschung.

²⁰ Hennicke, Probleme mit der Parteilichkeit, S. 251.

Hinblick auf Ergebnisse zu »Selbstdisziplin und Selbstzensur« führte.²¹ Ein derartiges Berufsverständnis wird man für die PHV ebenfalls voraussetzen können. Gleichzeitig darf jedoch nicht vergessen werden, dass das MGI einen dezidierten Forschungsauftrag hatte, der sich auf die Machart der Monografien und Fachartikel auswirkte. Zugleich war eine vollständige Fachgruppe bzw. Forschungsabteilung auf die Bundesrepublik, die Bundeswehr und »den aktuell-politischen Kampf gegen ›die Aufrüstung und Militarisierung in Westdeutschland‹« ausgerichtet.²²

Der größere Einfluss der PHV gegenüber dem MGI auf die Ausbildung wird – abgesehen von der institutionellen Anbindung »näher an der Macht« – auch dadurch offenkundig, dass erstere die Kontrolle über den Buch- und Zeitschriftenvertrieb innehatte und in dieser Position entsprechende Pläne für »Unterstützung der militärpolitischen Arbeit in den Massenmedien der DDR« anfertigte.²³ Der Stellenwert dieser Kompetenz wird aus der Selbstsicht der SED deutlich. Danach waren Medien die »schärfste Waffe der Partei« und stellten neben den bewaffneten Organen die »zweite Säule bei der Herrschaftslegitimierung dar«.²⁴ Die Kontrolle durch die PHV war damit eine doppelte. Zum einen kontrollierte sie die NVA durch ihre parallelen Strukturen direkt. Zum anderen steuerte sie deren Informationsgewinnung durch die Kontrolle über die entsprechenden Medien. So gab die PHV mit den Schriftenreihen »Wissen und Kämpfen«, »Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung« und den »Militärpolitischen Informationen« die Grundlagen für die politisch-ideologische Arbeit der NVA selbst heraus. Gleichzeitig kontrollierte sie die Erzeugnisse der Abteilung Militärwissenschaft des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), das die Zeitschriften mit Bezug zur Gefechtsausbildung herausgab,²⁵ und wie gesagt die Arbeiten des MGI.²⁶ Die Quellen, aus denen die Fremdsicht der NVA zu einem umfassenden Teil abgeleitet wurde, sind demnach von der PHV kontrolliert worden. Vereinfacht wurde dies durch den Umstand, dass alle Zeitschriften, Hand- und Lehrbücher im »Militärverlag der DDR« (bis 1960 »Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung«) erschienen.²⁷

Das galt auch für Schriften der »Militärakademie Friedrich Engels«²⁸. Der primäre Zweck der Akademie bestand in der Weiterbildung von Generalen, Admiralen und weiterer Offiziere. Die Verschränkung zwischen militärischer

²¹ Brühl, Militärgeschichtsschreibung in der DDR, S. 27 f.

²² Schröter, Forschungen zur Militärgeschichte, S. 193–195.

²³ Vgl. Rogg, »Filme von der Fahne«, S. 611, und Wenzke, Die Nationale Volksarmee, S. 456.

²⁴ Schmidt, Einführung, S. 642.

²⁵ Diese umfassten unter anderem die hier untersuchten Zeitschriften »Ausbilder«/»Gefechtsausbildung« und »Militärtechnik«.

²⁶ Schröter, Forschungen zur Militärgeschichte, S. 196.

²⁷ Vgl. Wenzke, Ulbrichts Soldaten, S. 191 f., 553, und Hein, Der Militärverlag der DDR.

²⁸ Zur »Militärakademie Friedrich Engels« vgl. Heider, Die Militärakademie.

und Parteiarbeit zeigte sich in diesen Gruppen bereits durch die hohe Quote der Parteimitgliedschaft in der SED.²⁹ Eine Hauptform der Lern- und Arbeitsmethoden an der Militärakademie bestand in der Mitarbeit an Vorschriften, sowie Beiträgen in Zeitschriften und Büchern. Neben der Herausgabe der Zeitschrift »Militärwesen« entstanden an der Akademie eine wachsende Zahl von Diplomarbeiten und Dissertationen, die die Grundlage für Lehrbücher bildeten. So entwickelte die Akademie auch einen direkten Einfluss auf Angehörige der NVA, die dort nicht persönlich eingeschrieben waren.³⁰ Die Verschränkung zwischen dem Auftrag der PHV und den Arbeiten der Militärakademie ist nicht nur an den teilweise deckungsgleichen Themen festzustellen.³¹ Das zentrale »Handbuch für politische Arbeit in Truppenteilen und Einheiten der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR« entstand aus einer Zusammenarbeit beider Institutionen.³²

Was folgt nun aus diesen Annahmen zu Herkunft und Produktion der NVA-Fremdsichten? Das Phänomen der »Parteilichkeit« ist auf zwei verschiedenen Ebenen als handlungsleitend anzusehen. Zunächst definiert es die Selbstsicht der Produzenten, zudem verweist es auf die Vorgehensweise in der Abfassung von Ausbildungs- und Planungsunterlagen, aus denen sich die Fremdsicht speiste. Gleichzeitig sind aus der »Parteilichkeit« Hinweise für die Quellenarbeit zu schlussfolgern. Der enge Bezug auf die Gesetzmäßigkeiten des Marxismus-Leninismus scheint die Sichtweise, dass »nicht sein kann, was nicht sein darf«, unterstützt zu haben. Ein ähnliches Vorgehen lässt sich auch für die Produktion von Ausbildungs- und Planungsunterlagen vermuten. Weil die marxistisch-leninistische Interpretation des Zeitgeschehens einen festgesteckten Rahmen vorgab, konnten auch die augenfälligsten Probleme in der NVA oder der DDR nicht als Versagen der SED-Herrschaft oder dem Sozialismus als solchem angelastet werden. Allerdings mussten die Autoren dabei stets im Kopf behalten, dass ein erheblicher Teil der Soldaten – vor allem der Wehrdienstleistenden – durch Fernseh- und Radiosendungen aus der Bundesrepublik über eine zweite Informationsquelle verfügten, deren Inhalt ihren eigenen Aussagen und Deutungen so gut wie nie

²⁹ Vgl. Rogg, *Armee des Volkes?*, S. 73.

³⁰ Vgl. Wenzke, *Ulbrichts Soldaten*, S. 584 f.; vgl. exempl. Pech, *Das Kriegsbild in der BRD*.

³¹ So wurden durch die Militärakademie unter anderem Lehrgänge zur Durchführung der politisch-ideologischen Arbeit, aber auch Analysen westdeutscher Strategien der ideologischen Diversion und ihrer Verhinderung geplant. Vgl. BArch, DVWD 2/866, MAK »Friedrich Engels«, *Der Verdeckte Krieg in den strategischen Plänen des Gegners*, besonders der westdeutschen Militärs. Ihre Ansichten über die Organisation, Vorbereitung und Durchführung desselben und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen für die Handlungen der Truppen der LaSK der Nationalen Volksarmee, Heft 49, 1967, und Vorlesung *Politische Führung und Erziehung*.

³² Vgl. *Handbuch für politische Arbeit* [1988].

entsprach. Zum Einfluss westlicher Medien in der DDR existieren verschiedene Sichtweisen. Neben der eher allgemeinen These, diese hätten den ostdeutschen Staat sogar stabilisiert, weil die mediale Flucht von realen Problemen abgelenkt hätte,³³ gibt es beispielsweise die fragwürdige Überlegung, die Autoren der NVA hätten ihre eigenen Erzeugnisse selbst nicht für bare Münze genommen, eben weil sie dafür die seltene Gelegenheit bekommen hatten, westdeutsche Medien legal auswerten zu dürfen.³⁴ Der weiteren Untersuchung liegt die Annahme zugrunde, dass der Zugriff auf westdeutsche Medien einerseits ein Problem für die Vermittlung der offiziellen Fremdsicht darstellte, andererseits aber auch die Möglichkeit eröffnete, implizit auf dieses Wissen zurückzugreifen – etwa, wenn es um negative Merkmale der westdeutschen Gesellschaft ging.³⁵

2. Der Antikommunismus und das Fehlen einer westdeutschen Politischen Hauptverwaltung

Ähnlich wie die SED-Führung im Rahmen des Marxismus-Leninismus ging die politische und militärische Elite der Bundesrepublik lange Zeit von der Aggression und den Expansionsgelüsten der Gegenseite aus. Hier wurde nicht nur die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg herangezogen, sondern auch die Nachkriegszeit und die Konsolidierung des sowjetischen Machtbereichs in den osteuropäischen Staaten als Beispiel dafür gesehen, was Westeuropa blühen würde.

Angesichts dieser Wahrnehmung wirkte der Antikommunismus vielfach als zentraler Inklusionsmechanismus der jungen Bundesrepublik.³⁶ Die Angst vor einem weiteren Ausgreifen der kommunistischen Herrschaft, die man direkt an der innerdeutschen Grenze beobachten konnte, band nicht nur diejenigen an den westdeutschen Staat, die die Demokratie aus vollem Herzen bejahten. Auch für diejenigen, die den Nationalsozialismus gegenüber der Weimarer Republik zunächst als Verbesserung empfunden hatten, stellte die Bundesrepublik die bessere Alternative gegenüber der nächsten Diktatur dar. Die breite Akzeptanz lag auch

³³ Vgl. Kern/Hainmueller, *Opium for the Masses*, S. 378 f.

³⁴ Vgl. Koop, *Abgewickelt?*, S. 59. Heinemann beschreibt Volker Koops Veröffentlichungen beispielsweise als »sensationslüstern«. Vgl. Heinemann, *Die DDR und ihr Militär*, S. 18.

³⁵ Vgl. erneut Kern/Hainmueller, *Opium for the Masses*, S. 380; Bröckermann, *Landesverteidigung und Militarisierung*, S. 404 f., und Hagemann, *Parteiherrschaft in der NVA*, S. 229.

³⁶ Vgl. Wehler, *Bundesrepublik und DDR*, S. 236–249; Wentker, *Antikommunismus*, S. 356, und als Überblick Creuzberger/Hoffmann, *Antikommunismus*, S. 5 f.

darin begründet, dass der Antikommunismus keineswegs ein neues Phänomen verkörperte.³⁷ Zudem wurde er mit der Schutzmacht USA geteilt, wenn sich auch in der Ausgestaltung Unterschiede ergaben. Allerdings blieb er bezüglich seiner »Instrumentalisierung ideologiefähig für antidemokratische und anti-liberale Motive.«³⁸ Gerade die Diskussion um die Revision der Gebietsverluste nach 1945 stellte in dieser Hinsicht eine Herausforderung dar.³⁹

Schließlich wurde der Antikommunismus zudem auch als öffentliches Versprechen gesehen. Historische Verantwortung übernehmend, sei nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur nun alles daran zu setzen, eine zweite, kommunistische, Diktatur nicht zuzulassen. Die Gleichsetzung beider Regime war ein wichtiges Argumentationsmittel gegenüber dem anderen deutschen Staat, den man jedoch als solchen nicht anerkannte. Da man nun auf der richtigen Seite stand, fand so auch eine Entlastung statt.⁴⁰ Der Test der jungen westdeutschen Demokratie sollte also nicht darin bestehen, die Verbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern im Kampf gegen ein anderes System neue Verbrechen zu verhindern.⁴¹

Der Antikommunismus konstituierte somit die politische Grundlage für eine weitere Komponente der frühen westdeutschen Selbstwahrnehmung. Vor allem die zahlreichen Flüchtlinge und Vertriebenen sahen sich als Opfer des Kommunismus an. Diese Sichtweise übertrug sich auf die gesamte westdeutsche Gesellschaft und blendete den Grund für diese Ereignisse sowie jede Form von Verantwortung und Schuld dafür aus.⁴² Diese Sichtweise setzt jedoch das Eingeständnis voraus, dass sich die eigenen Werte der westlich geprägten Demokratie erst ex negativo entwickeln mussten, was der theoretischen Überlegung nach dem Zusammenspiel von Selbst- und Fremdsicht entgegenkommt. Zugleich hatte die Denkfigur Antikommunismus niemals einen offiziell bindenden Charakter. Zwar bestimmte sie das Handeln verschiedener westdeutscher Politikergenerationen, aber die Form einer wissenschaftlich begründeten Theorie nahm sie zu keinem Zeitpunkt an. Dennoch ist der Antikommunismus bisweilen als Weltanschauung beschrieben worden.⁴³

Im angesprochenen Selbstbild, welches das deutsche Opfer herausstellte, war die Erinnerung an die Zeit zwischen der Niederlage von Stalingrad bis zur Währungsreform überrepräsentiert. Speziell die zweite Kriegshälfte wurde von

³⁷ Vgl. Wirsching, Antikommunismus als Querschnittsphänomen, S. 18–22.

³⁸ Wirsching, Antikommunismus als Querschnittsphänomen, S. 27 f.

³⁹ Schildt, Horden aus dem Osten, S. 1.

⁴⁰ Vgl. Creuzberger/Hoffmann, Antikommunismus, S. 2 f.

⁴¹ Für den Testcharakter vgl. Mergel, The Unknown and the Familiar Enemy, S. 253.

⁴² Vgl. Heinemann, Die Stunde der Frauen, S. 150–158, und Schwartz, Antikommunismus und Vertriebenenverbände, S. 164.

⁴³ Vgl. Voit, Deutsch-deutsche Feindbilder, S. 100 f.

ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht als Abwehrkampf gegen die kommunistische Bedrohung aus dem Osten angesehen. Wer diesen Krieg begonnen hatte, wurde verschwiegen oder der Angriff mit Verweis auf die Präventivkriegthese gerechtfertigt.⁴⁴ Während biologisch-rassistische Komponenten weitgehend wegfielen, ließ sich der Topos der Verteidigung in die neue Lesart des Antikommunismus einschreiben.⁴⁵ Gleichzeitig zeigen die Diskussionen rund um den Begriff des (christlichen) Abendlandes, dass anfangs sehr wohl zwischen dem zivilisierten Europa und einem »Anderem« unterschieden wurde. Konrad Adenauer brachte dies im Oktober 1945 mit den Ausspruch, »Asien steht an der Elbe« auf den Punkt.⁴⁶ Adenauer kann dabei als Vorkämpfer des Antikommunismus bezeichnet werden; schließlich war »die Abwehr der Bedrohung durch die Sowjetunion *das* bestimmende Thema seiner Politik«,⁴⁷

Dass der Antikommunismus nicht die gleiche Wirkmacht auf westdeutsche Fremdsichten entfalten konnte wie der Marxismus-Leninismus in der DDR, ist nicht zuletzt mit den Jahren 1968 und 1972 verknüpft. Im Zuge der Studentenbewegung und des einsetzenden Wertewandels erschien der Antikommunismus zunehmend als abgestumpft und illiberal und wurde zunehmend selbst zu einer Beschreibungskategorie unfreier Verhältnisse.⁴⁸ Die Neue Ostpolitik und besonders die staatsrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik 1972 entzogen dem Antikommunismus die staatliche Komponente, wie zuvor etwa durch die Hallstein-Doktrin.⁴⁹

Wenig später wurden im Rahmen des KSZE-Prozesses »durch die Thematisierung der Menschenrechte die DDR und damit der Kommunismus in Deutschland erneut in die Defensive gedrängt«, was als neue, subtilere Form des Antikommunismus gewertet werden kann.⁵⁰

Bereits in den 1980er Jahren waren die Töne gegenüber dem Kommunismus allerdings überhaupt nicht mehr subtil. Die »geistig-moralische Wende«, die der neue Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ausrief, stand in einer Linie mit den politischen Positionen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und des US-Präsidenten Ronald Reagan.⁵¹ Dass sich hieraus das Ende des Ost-West-Konflikts entwickeln könnte, musste Zeitgenossen zunächst widersprüch-

⁴⁴ Vgl. Heinemann, *Die Stunde der Frauen*, S. 150, 159, und *Echternkamp, Arbeit am Mythos*, S. 432.

⁴⁵ Vgl. Mergel, *The Unknown and the Familiar Enemy*, S. 256 f.

⁴⁶ Bald, *Die Bundeswehr*, S. 20.

⁴⁷ Franz, »Wir wählen die Freiheit!«, S. 145 (Hervorhebung im Original); vgl. auch Lüdicke, *Adenauer als Außenpolitiker*, S. 109.

⁴⁸ Vgl. Mergel, *The Unknown and the Familiar Enemy*, S. 269.

⁴⁹ Schildt, *Horden aus dem Osten*, S. 2.

⁵⁰ Wentker, *Antikommunismus*, S. 368.

⁵¹ Schildt, *Das letzte Jahrzehnt*, S. 36 f.

lich erscheinen. Zudem hatte sich die Verschärfung des Tones bereits vorher rund um den NATO-Doppelbeschluss angedeutet.

Diese Veränderungen vollzogen sich jedoch keinesfalls ruckartig, sondern wurden immer auch von gesellschaftlichen Entwicklungen begleitet. Zudem kann in beiden Fällen nicht vom gesamtgesellschaftlichen Einstellungswandel gesprochen werden. Konservative Kreise sahen die Neue Ostpolitik als gescheitert an, während sich nicht nur die Friedensbewegung gegen Nachrüstung und eine konfrontativere Politik gegenüber dem Ostblock aussprach.⁵² Erst mit der zunächst ebenfalls misstrauisch beäugten Perestroika Michail Gorbatschows und dem nachfolgenden Untergang des sowjetischen und ostdeutschen Kommunismus verlor der Antikommunismus schließlich seinen Gegner und damit seine Grundlage.⁵³

Auch wenn der Pluralismus der westdeutschen Demokratie besonders in der Anfangszeit sehr schnell an seine Grenzen stieß, sobald kommunistische Ideen oder Institutionen ins Spiel kamen, war der Antikommunismus »als politische und gesellschaftliche Praxis [...] vielschichtiger und widersprüchlicher, als es pauschale Urteile nahe legen«.⁵⁴ Der Umgang mit den Anhängerinnen und Anhängern der zunächst noch nicht verbotenen KPD verdeutlicht dies.

Abseits von allen Fragen bezüglich Demokratie und freiheitlicher Lebensweise stellte der Antikommunismus auch den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den späteren NATO-Partnern und der Bundesrepublik, speziell deren (zukünftigen) Soldaten, dar.⁵⁵ In der Folge kam es gewissermaßen zu einer Win-win-Situation. Die NATO-Partner, mit den USA an der Spitze, konnten das westdeutsche Militärpotenzial auf der personellen und der Erfahrungsebene ausschöpfen, während der Antikommunismus die Garantie bildete, dass sich die Bundesrepublik nicht wieder außenpolitisch verselbstständigen würde. Für den westdeutschen Staat und seine Streitkräfte bedeutete die Integration in die NATO nicht nur Souveränität, Anerkennung und Schutz; letztlich führte sie nicht nur auf der militärischen Ebene zu einer Westbindung. Diese Einpassung und Unterstellung unter die USA wurde auch durch eine Art »Wohlfühlstrategie« der US-Armee gegenüber ehemaligen Wehrmachtangehörigen erleichtert. Die Selbstbestätigung, die letztere aus dem amerikanischen Interesse an ihren Ostfronterfahrungen zogen, ließ eigene Verbrechen in den Hintergrund treten und relativierte die empfundenen Diffamierungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Klaus Naumann führte diesen Kurs auf »überkommene Orientierungsmuster« zurück. Statt politischen oder kulturellen Anknüpfungspunkten sei »die Westorientierung der

⁵² Vgl. Sarasin, Die Grenze des »Abendlandes«, S. 39–42, und Niedhart, Ost-West-Konflikt und Deutsche Frage, S. 39.

⁵³ Vgl. Wentker, Antikommunismus, S. 368.

⁵⁴ Kössler, Die Grenzen der Demokratie, S. 249 f.

⁵⁵ Benz, Westliche Feindbilder, S. 32; vgl. auch Engermann, Know your Enemy, S. 4.

Militärs [...] vielmehr einem ausgeprägten Machtrealismus« geschuldet gewesen.⁵⁶

Dementsprechend ist besonders für die Frühphase der Bundeswehr oft festgestellt worden, dass ihre Angehörigen eindeutig besser darüber Bescheid zu wissen glaubten, »wogegen« sie kämpfen müssten, als eigentlich »wofür«. Frank Pauli hat das mit der Kriegserfahrung vieler ehemaliger Wehrmachtoffiziere erklärt. Während manches in der Bundesrepublik für diese eher konservative Gruppe irritierend und wenig verteidigungswürdig wirkte, war die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ein bekanntes Feld.⁵⁷ Hieraus zu schließen, das Offizierkorps der Bundeswehr sei durchweg eine antidemokratische Gruppe gewesen, wäre jedoch eine Fehlannahme. Gewissermaßen berufsbedingt konzentrierte man sich zunächst auf bereits Bekanntes.⁵⁸

Auf diesen Erkenntnissen aufbauend, lässt sich in der Typologie Andreas Wirsching's zu den verschiedenen Formen des Antikommunismus für die Bundesrepublik eine Mischform aus ideologischer und empirischer Spielart feststellen. Auf der ideologischen Ebene wurde die freiheitlich westliche Lebensweise dem als diktatorischen, menschenverachtenden und die traditionellen Werte der deutschen Gesellschaft bedrohenden Kommunismus entgegengesetzt. Dabei war es unerheblich, in welchem Maße die eigenen Werte geteilt wurden. Auf Grundlage dieser Sichtweise musste die eigene Position umso schützenswerter erscheinen. Deshalb ist in der Bundesrepublik auch nicht von einem funktionalen Antikommunismus zu sprechen. Der diktatorische Politikstil des Kommunismus sollte gerade nicht übernommen werden.⁵⁹

Genau wie der Antikommunismus nicht den gleichen Stellenwert wie der Marxismus-Leninismus besaß, sind auch die Produzenten der Ausbildungsunterlagen für die Bundeswehr nicht so eindeutig zu identifizieren wie im Fall der NVA. Das hatte systemische, politische und wirtschaftliche Gründe. Ein Äquivalent zur Politischen Hauptverwaltung existierte in der Bundeswehr nicht. Bereits auf dieser Ebene fand also keine Zentralisierung wie in der NVA statt. Ausbildungsunterlagen wurden von verschiedenen Abteilungen des Führungsstabes der Bundeswehr bzw. des Führungsstabes der Streitkräfte herge-

⁵⁶ Vgl. Bald, *Die Bundeswehr*, S. 23, und Naumann, *Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft*, S. 141 f., 174. Während Bald hier von »Amerikanisierung« spricht, verwendet Naumann den Begriff »Westbindung«, um den eigenen Charakter der westdeutschen Militärentwicklung zu betonen.

⁵⁷ Vgl. Pauli, *Wehrmachtoffiziere in der Bundeswehr*, S. 189–192.

⁵⁸ Vgl. Nägler, *Der gewollte Soldat*, S. 461 f., 485. Allerdings blieben diejenigen, die aufgrund ihrer persönlichen Kriegserfahrung besondere Deutungsmacht einforderten, noch am stärksten in nationalsozialistischen Denkmustern verhaftet. Vgl. Platz, *Die Krise der Autorität*, S. 137.

⁵⁹ Für das Modell verschiedener Antikommunismusformen vgl. Wirsching, *Antikommunismus als Querschnittsphänomen*, S. 18–22.

stellt. Auch die verschiedenen Truppenämter und die Schule bzw. später das Zentrum Innere Führung gaben entsprechendes Material heraus.⁶⁰ Weitere Unterstützung kam von den Forschungseinrichtungen der Bundeswehr, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA, 1957 gegründet) und dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI, seit 1974).

Nachdem in der Gründungsphase der Bundeswehr entschieden worden war, dass die politische Bildung in der Truppe durch eigene Publikationen unterstützt werden sollte, wurden die »Information für die Truppe« (IfdT) und die »Schriftenreihe Innere Führung« (SRIF) aus der Taufe gehoben.⁶¹ Für diese beiden zentralen Medien zeichneten unterschiedliche Abteilungen des Führungsstabes der Streitkräfte bzw. der Bundeswehr verantwortlich. Gleichzeitig zeigte sich das überschaubare Interesse an der politischen Bildung auch im geringen Kräfteansatz für die Zeitschriftenproduktion. Die gesamte Redaktion der IfdT bestand in deren Anfangszeit aus drei bis vier Mitarbeitern. Im Referat »Politische Bildung/ Staatsbürgerlicher Unterricht/Truppeninformation im Führungsstab der Streitkräfte« (Fü S I 5) kamen sechs Personen zusammen, die jedoch gleichzeitig für IfdT, SRIF und die »Bundeswehr-Filmschau« verantwortlich waren. Umso erstaunlicher erscheint es, dass zunächst die Inhalte größtenteils selbst geschrieben wurden, da man die externen Angebote für politische Bildung als ungenügend in Qualität und Quantität empfand. Seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre änderte sich diese Situation. Nun stammten die wichtigsten Beiträge nicht mehr von den Redakteuren selbst, sondern bestanden aus Nachdrucken aus in- und ausländischen Büchern und Zeitschriften. Mit dem Rückgriff auf externes Material reagierten die Redaktionen von IfdT und SRIF auch auf den gestiegenen Bildungsstand der Offiziere, der sich vor allem durch die Bildungsreformen in den 1970er Jahren verbesserte.⁶² Kontrolliert wurden die bundeswehreigenen Zeitschriften in letzter Instanz durch den Generalinspekteur, dem jedoch lediglich eine Liste mit Verfassern und Titel der Hefte zuzuging. Zwischen 1956 und 1976 wurden nur ein dutzendmal Beiträge abgelehnt oder erneute Prüfung angeordnet.⁶³

Aber auch abseits der offiziellen Bundeswehrpublikationen entstanden Materialien, die zur Information und Ausbildung der westdeutschen Soldaten gedacht waren. Wie bereits beschrieben, wurden einige Zeitschriften durch die Bundeswehr mehr oder weniger direkt subventioniert, allerdings nicht durch sie

⁶⁰ Zum ZInFü vgl. Rink, Die Bundeswehr, S. 92.

⁶¹ Vgl. BArch, BW 2/1161, Fü S/IV B/IV B 3, an Leiter IV Herrn Generalleutnant Dr. Speidel, betr. Wöchentliche Truppeninformation, 6.7.1956. Zur weiteren Analyse dieser Zeitschriften vgl. Nägler, Der gewollte Soldat, S. 240, 246 f.

⁶² Vgl. Bald, Die Bundeswehr, S. 85.

⁶³ Für die vorherigen Aussagen vgl. Hund, 20 Jahre Information für die Truppe, S. 44–50; sowie für die SRIF: Loch, Farben und Fehlfarben, S. 62 f.

selbst herausgegeben.⁶⁴ Aus zwei Gründen mussten auch diese kommerziellen Angebote Auswirkungen auf die Ausprägung der Fremdsicht in der Bundeswehr haben. Zum einen wurde von den Ausbildern in der Vorbereitung der politischen Bildung ausdrücklich gefordert, sich des stetig verbreiternden Medienangebotes zu bedienen. Auch wenn sich das als utopisch herausstellen sollte und vor allem solche Medien gemeint waren, die keine extremen Meinungen vertraten, zeigten die Existenz nichtstaatlicher Medien und deren Akzeptanz durch die militärische Führung doch, dass es kein Meinungs- und Nachrichtenmonopol wie in der DDR gab. Zugleich bedeutete das externe Angebot von Ausbildungsmaterialien auch, dass die Bundeswehr hier nicht in dem Maße tätig werden musste, wie es in der NVA für nötig erachtet wurde.

Dennoch verfügte die Bundeswehr lange Zeit auf dem Gebiet der Militärgeschichte über eine Art Monopol. Allerdings lag die Alleinstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor allem in dem geringen wissenschaftlichen Interesse an Militärgeschichte im zivilen Universitätsbetrieb.⁶⁵ Über die Art und Weise, wie das MGFA der Truppe dienlich sein sollte, gab es mehrfach Auseinandersetzungen. 1960 hatte der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, verfügt, das Amt habe die Bundeswehr zu unterstützen, auch wenn die dazu zu leistende Art nicht zwangsläufig wissenschaftlich ist.⁶⁶ Ende der 1970er Jahre hatte sich jedoch die Fachwissenschaft gegenüber dem Anwendungsbezug durchgesetzt. Es benötigte eine weitere Intervention des Generalinspektors, zu diesem Zeitpunkt Harald Wust, um durch die historische Bildungsarbeit, »den Soldaten zu befähigen, durch eine wirklichkeitsnahe und ganzheitliche Geschichtsbetrachtung sich als Soldat in der Demokratie zu verstehen sowie Sinn und Zweck soldatischen Dienens in der Gegenwart zu erkennen, durch die Vorstellung ausgewählter Ereignisse und Personen der allgemeinen und besonders der Militärgeschichte sein politisches und militärisches Urteil zu schulen, seine Entschlüsse auf geschichtliche Erfahrungen zu gründen und Maßstäbe für sein Verhalten zu finden, sich mit historischen Fragen unter Anleitung sachgerecht zu befassen.«⁶⁷

Was die inhaltliche Ausrichtung betrifft, waren die vorgestellten Institutionen, die Teil der Bundeswehr waren, den politischen Veränderungen direkter unterworfen, als das bei den kommerziellen Produkten der Fall war. Feststellbar ist das beispielsweise an der Liberalisierung der Sicht auf den Kommunismus in IfdT und SRIF im Laufe der 1960er Jahre, aber auch an dem wieder deutlich antikommunistischeren Tonfall der Ausbildungsmaterialien aus dem Zentrum

⁶⁴ Vgl. Bohn, *Verschlungene Spuren*, S. 315; Ehlert, *Innenpolitische Auseinandersetzung*, S. 336–338, und Reichherzer, *Zwischen Atomgewittern und Stadtguerilla*, S. 141.

⁶⁵ Vgl. Kühne/Ziemann, *Militärgeschichte in der Erweiterung*, S. 9.

⁶⁶ Maier, *Überlegungen*, S. 359.

⁶⁷ Zit. nach ebd., S. 361 f.

Innere Führung in den 1980er Jahren. Diese Konjunkturen betrafen jedoch nicht nur die Bundeswehr. Auch in den Publikationen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG) ist ein deutlicher Schwenk der Tonart spürbar, nachdem Herbert Wehner dessen Führung 1966 angetreten hatte. Dies ist umso wichtiger, als die Bundeswehr von ebendiesen Publikationen und anderen, durch das BMG finanzierten, Bildungsangeboten ausgiebig Gebrauch machte.⁶⁸ Die kommerziellen Zeitschriften machten es sich demgegenüber auch in Zeiten der Entspannung zur Aufgabe, weiterhin vor der kommunistischen Bedrohung zu warnen.

Trotz der vorgestellten Institutionen und Publikationen bleibt noch immer die Frage nach den eigentlichen Autoren offen. Eine Vielzahl der Beiträge in IfdT erschienen ohne Autorenangabe, wobei diese Vorgehensweise zwar im erwähnten Maße abnahm, je mehr externes Material publiziert wurde, aber dennoch nie ganz verschwand. Aufgrund des Mangels an Redaktionsprotokollen müssen die entsprechenden Artikel demnach als von Redaktionen verfasst angesehen werden. Dadurch kann – ohne einzelne Personen identifizieren zu können – auch die Pluralität in Ton und Argumentation erklärt werden. Denn wie für die gesamte Bundeswehr galt auch für die Redaktionen der Bundeswehr, dass Offiziere die entsprechenden Dienstposten nur für eine begrenzte Zeit besetzten.⁶⁹

Abgesehen davon kam für die untersuchten Ausbildungsunterlagen aber eine deutlich größere Bandbreite von Autoren infrage, als nur der dazu kommandierte Offizier. Frank Reichherzer hat in seiner Studie zu Wehrexperthen eingangs festgestellt, dass die Entgrenzung des Krieges ein »Vakuum« produzierte, »in das Aktivitäten und Expertise von außerhalb des Militärs in bisher ungeahntem Maße einbrechen konnten«. Die so entstehende Mischung lässt sich sowohl in den bundeswehreigenen als auch den kommerziellen Zeitschriften wiederfinden. Neben den Soldaten waren es auch interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Politikerinnen und Politiker oder Vertreterinnen und Vertreter halbstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die ihre Beiträge in den Zeitschriften platzierten.⁷⁰ Deshalb können diese Autorinnen und Autoren in Bezug auf vertretene Meinungen nicht als homogen bezeichnet werden.⁷¹

Die meist konservative Ausrichtung der beschriebenen Autorengruppe war dabei ein Grund dafür, dass das Idealbild einer informativen, aber nicht manipulativen politischen Bildung, die auf diese Weise im § 33 des Soldatengesetzes festgelegt war, auf Grundlage der westdeutschen Ausbildungsmaterialien bisweilen verfehlt wurde. Friedrich Foertsch, der dem erwähnten Adolf Heusinger als Generalinspekteur nachfolgte, musste 1962 in einer »Information für

⁶⁸ Vgl. Prehn, Max Hildebert Boehm, S. 434.

⁶⁹ Meyer, Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr, S. 1004.

⁷⁰ Vgl. Reichherzer, Zwischen Atomgewittern und Stadtguerilla, S. 134.

⁷¹ Vgl. Loch, Farben und Fehlfarben, S. 62 f., und Platz, Die Krise der Autorität, S. 128.

Kommandeure« untersagen, sich in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Begrifflichkeiten wie »rote Teufel« oder »bolschewistische Untermenschen« zu bedienen. Vier Jahre später wurde diese Information als Anhang der neu erlassenen ZDv 12/1 »Geistige Rüstung« beigefügt, was die Notwendigkeit dieser Anweisung verdeutlicht.⁷² In vielen Fällen war demnach die persönliche, deutlich extremere Meinung von mit der Durchführung der politischen Bildung betrauten Offizieren nicht deckungsgleich mit der offiziellen Sichtweise der Bundeswehr.⁷³ Während daraus resultierende Probleme in der Truppe sanktioniert werden konnten, blieb für publizistisch interessierte Offiziere immer noch die Möglichkeit der kommerziellen Zeitschriften.

3. Vergleich

Diese kurze Zusammenstellung der ideologischen Grundlagen der Fremdsichten von Bundeswehr und NVA hat eines besonders vor Augen geführt. In beiden Fällen existierten die Selbstwahrnehmung bzw. das Selbstbild als Gegenpol. Faschismus und Imperialismus auf der einen und Kommunismus auf der anderen Seite wurden als diktatorische, menschenfeindliche und letztlich aggressive Systeme beschrieben, die der jeweils eigenen Existenz diametral entgegenstanden, wenn sie sie nicht sogar ausdrücklich bedrohten. Axel Schildt hat dieses Zusammenspiel von der positiven Selbst- und der negativen Fremdsicht als ständig ablaufenden Herstellungsprozess einer »angstökonomischen Balance« beschrieben, der den »Kern der Staatskunst im Kalten Krieg« gebildet habe. Zwar stellt er für die Gesamtzeit des Ost-West-Konflikts fest, dass sich die inhärenten Bedrohungsgefühle »allmählich und generationell spezifisch abschließen«.⁷⁴ Wie die weiteren Ausführungen zeigen werden, fand dieser Prozess in den Streitkräften jedoch deutlich langsamer statt und erlitt immer wieder Rückfälle.

Der marxistisch-leninistischen Staatsideologie stand ein anfangs ebenso wirkmächtiger, aber eher historisch gewachsener als theoretisch fundierter Antikommunismus gegenüber. Genau deshalb unterlag der Antikommunismus als inoffizielle Ideologie der Bundesrepublik auch deutlich größeren Schwankungen

⁷² BArch, BWD 7/5, Foertsch, Friedrich, Information für die Kommandeure, Nr. 4/62. Betr.: Verhalten in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus 1962. Zit. nach ZDv 12/1, Geistige Rüstung, S. 47 f.

⁷³ Georg Meyer zeichnet hier ein deutlich optimistischeres Bild, gibt jedoch auch zu, dass persönliche und offizielle Meinung durchaus gegensätzlich sein konnten. Vgl. Meyer, Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr, S. 1002.

⁷⁴ Schildt, »German Angst«, S. 92.

als der Marxismus-Leninismus, was sich auch auf die Fremdsichten auswirken sollte. In der DDR war der Antifaschismus zwar in der ersten Hälfte ihrer Existenz als Inklusions- und Legitimationsinstrument eindeutig erfolgreicher als danach, eine ausdrückliche individuelle Distanzierung von diesem war jedoch niemals ohne Sanktionen möglich.

Die Produktion von Ausbildungsmaterialien für die NVA fand deutlich zentralisierter, gelenkter und kontrollierter statt als für die Bundeswehr. Mag dies im ostdeutschen Fall bereits aufgrund planwirtschaftlicher Überlegungen nicht überraschen, so ist es umso wichtiger, die Folgen für die im Rahmen des »public transcript« transportierten Fremdsichten hervorzuheben. Im Fall der Produktion von Ausbildungsunterlagen bedeutete der Plan nämlich auch Kontrolle, hier vor allem auf der ideologischen Ebene. Dieser Einschränkung unterlagen in der Bundesrepublik nur diejenigen Autorinnen und Autoren, die das offizielle Ausbildungsmaterial produzierten. Gerade die westdeutschen Autorinnen und Autoren, die sich eher am rechten Rand bewegten und so zu entsprechenden Aussagen zum Kommunismus und dem Umgang mit diesem kamen, nutzten eine Facette der westdeutschen Demokratie, die sie als solche möglicherweise gar nicht in Gänze akzeptierten: das Recht auf freie Meinungsäußerung.

So lässt sich zusammenfassen, dass die Fremdsichten, die in den Ausbildungs- und Planungsunterlagen der NVA zu finden waren, auf sehr viel klareren, weil festgeschriebenen Vorgaben beruhten, als das für die Bundeswehr der Fall war. Zudem existierte im ostdeutschen Fall mit der PHV eine zentralisierte, zunehmend routinisierte Institution, die die entsprechenden Inhalte publizierte und auch darauf achtete, dass die Inhalte immer vollends system- und ideologiekonform waren. Die vorgestellte Situation in der Bundeswehr war auf allen Ebenen deutlich diverser. Abweichende Meinungen waren möglich, da die kommerziellen, anwendungsorientierten Zeitschriften nicht oder nur indirekt der Kontrolle durch die Bundeswehr unterlagen.